Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

182 (6.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 182 — **Samstag, den 6. August 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Unter gewaltigem Andrang der Bevölkerung fanden heute in Wien die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Alt-Bundeskanzler Dr. Seipel statt.

*

In der Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli sind in Preußen außer Berlin 322 politische Ueberfälle erfolgt, die 72 Todesopfer und 497 Schwerverletzte gefordert haben.

*

Beim Reichsinnenminister fand eine Konferenz mit den Ministerpräsidenten von Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin statt.

*

Die Ausführungsbestimmungen über den Freiwilligen Arbeitsdienst sind im Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

*

Oberpräsident Dr. Siehr in Königsberg ist auf seinen Antrag zum 1. Oktober in den Ruhestand versetzt und bis zu diesem Termin beurlaubt worden.

*

Zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz finden Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich statt; England will auch mit Amerika verhandeln.

Umschau.

Nach der Wahl. — Das Ende der Koalitionspolitik? — Die neuen Möglichkeiten. — Die großen Aufgaben.

):(Durlach, 6. August.

Am Morgen nach dem Wahlsonntag stand das deutsche Volk vor dem Resultat des Kampfes, noch unter dem Eindruck all der Kraft- und Schlagworte, die gefallen und noch schwarz auf weiß oder auch in anderen Farben auf den Wahlplakaten zu lesen waren, und konnte sich die Worte Fausts vorsagen: „Da steh ich nun ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor". Das Ergebnis dieser Wahlen war, daß die Rechte ihr Ziel nur teilweise erreicht hat, das Zentrum aus seiner Schlüsselstellung zu verdrängen. Es kann nun nicht mehr — da die Kommunisten ausfallen — nach Wahl Koalitionen mit links oder mit rechts abschließen. Andererseits aber ist es den Rechtsparteien nicht gelungen, eine Mehrheit der Mandate oder den Deutschnationalen die bisherige Schlüsselstellung des Zentrums zu gewinnen. In dieser Situation aber ist die Stärke der Regierung von Papen begründet, die bereits zum Ausdruck gebracht hat, daß sie an ihrem Charakter als „Präsidialkabinett", d. h. als Regierung, durch das Vertrauen und den Willen des Reichspräsidenten v. Hindenburg eingesetzt, festhalten wolle.

Die Lehre aus diesem Wahlausgang hat der Reichskanzler gezogen, indem er erklärte, daß sich die Reichsregierung nicht um Koalitionsverhandlungen mit Parteien bemühen werde. Es ist bemerkenswert, daß auch in Blättern der Linken wie in der „Frankfurter Zeitung" der Kanzler darin prinzipielle Zustimmung findet. In der Tat sind wir aus dem Stadium der bisherigen Koalitionen und der Parteiherrschaft schon unter der Regierung Brüning herausgewachsen. Brüning selbst hat sich als Kanzler auch nicht mit seiner Mehrheit identifiziert und mehrfach öffentlich erklärt, daß er selbst auf ein Rechtskabinett, wenn auch ohne Erfolg, hingearbeitet habe. Er mußte sich aber jeweils natürlich eine Mehrheit im Reichstag suchen. Das war die „Tolerierungspolitik", mit der es aber nun wohl auch in der bisherigen Form zu Ende gehen muß. Soweit nämlich jeweils immer die „Tolerierung" durch diese oder jene ausschlaggebende Partei mit Zugeständnissen erkauft werden mußte, wobei die Parteien, auf die sich Brüning stützen mußte, sich allein von dem Ziel leiten ließen, die Nationalsozialisten und überhaupt die Rechte von der Arbeit und der Verantwortung fernzuhalten.

*

Von Papens Aufgabe wird eine andere sein. Er wird gerade das Gegenteil versuchen müssen, nämlich seine Absicht, mit der seine Regierung ins Amt gekommen ist, zu verwirklichen, den Nationalsozialismus in irgend einer Form mitverantwortlich für die Regierungspolitik zu machen. Dabei besteht gewiß eine Gefahr, nämlich die, daß die neue Reichsregierung auf denselben Irrweg gedrängt wird, der die Methode Brünings kennzeichnete. Denn es darf nun, soll wirklich die Parteiherrschaft beseitigt und dem Kuhhandel der Fraktionen vor allen wichtigen Entschlüssen ein Ende bereitet werden, nicht das Gleiche mit der Front gegen Links versucht werden, was bisher mit der Front gegen Rechts zur Hemmung bei allen großen staatspolitischen Arbeiten und schließlich zum Sturz der Regierung Brüning geführt hat. Mit anderen Worten: die Regierung muß stärker werden, wirklich die Geschäfte führen und nicht von den Parteien geführt und gedrängt werden. Diese sollen gewiß verantwortliche Mitarbeiter und ihre Vertreter in der Regierung haben, aber nicht einfach ihre Beauftragten und dauernd Instruierten auf die Ministersessel setzen, sondern durch die Entsendung von Sachkennern, die aus eigener Verantwortung sachliche Arbeit zu leisten haben, unter Abkehr von dem System des Parteiregiments verantwortlich mitwirken. Auch Nationalsozialisten sollen nicht als Parteiführer, sondern lediglich auf Grund besonderer Fähigkeiten und des Vertrauens des Reichspräsidenten in das Kabinett kommen.

Man wird hier einwenden, daß die Verfassungsbestimmung weiter besteht, wonach der Reichstag durch ein Mißtrauensvotum die Regierung jederzeit stürzen kann. Zunächst aber haben — der Reichstag wird ja erst Ende des Monats zusammentreten — die Parteien Zeit, sich das gründlich zu überlegen. Auch im Zentrum, das ja durch Zustimmung zu einem kommunistischen Mißtrauensvotum z. B. in der Lage wäre, den Sturz von Papens herbeizuführen, gibt man sich über die Folgen einer solchen Aktion keinen Illusionen hin, und das führende Blatt, die „Germania", hebt bereits die unbedingte Notwendigkeit hervor, den Reichstag arbeitsfähig zu machen, weil andernfalls eben — das ist deutlich zwischen den Zeilen zu lesen — die Volksvertretung selbst schließlich nicht nur um ihren letzten Kredit, sondern auch um ihre verfassungsmäßigen Befugnisse kommen könnte, und die Lage in Deutschland gar nicht so ist, daß wir den unfruchtbaren Machtkampf der Parteien auf dem gleichen Boden immer weiter fortsetzen können. Es wird dann eben über die Parteien hinweg, nicht mehr mit ihnen, so oder so zu einem Umbau der Verfassung kommen, der übrigens nicht nur etwa mit den Mitteln eines Staatsstreichs geführt werden müßte, sondern auch auf durchaus verfassungsmäßigem Weg dadurch möglich wäre, daß der Reichspräsident die erforderlichen verfassungsändernden Maßnahmen einem Volksbegehren unterstellt. Bei entsprechender Stellung der Fragen würde sich Hindenburg zweifellos nach einem offenkundigen Versagen des Reichstags eine Mehrheit sichern können. Die Parteien also wissen, um was es geht, und werden sich auch darnach richten.

*

Zunächst sind keine Entscheidungen zu erwarten. Die sogen. „Burgfriedens"- und Ferienpause, die zwar durch unerhörte Ausschreitungen des Parteifanatismus an verschiedenen Orten des Reiches in dieser Woche nach den Wahlen dauernd aufs schwerste gestört wurde, wird aber bald zu Ende sein, und langsam werden dann die Parteiführungen, vor allem auch die der Rechten sich schlüssig werden müssen. Der Aufgaben für das Volksganze gibt es eine Unmenge. Es handelt sich offenbar um sehr weitreichende Pläne, die bereits in den Reichsressorts behandelt werden. Nach der Wegräumung des vielen Schutts, der sich aufgehäuft hat, wird man erst an die Maßnahmen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet gehen können, zu denen noch ein weiteres sehr reichhaltiges Programm vorliegt. Gedacht wird u. a. nicht nur an eine Verwaltungsreform, sondern auch an verfassungsrechtliche Reformen, wie eine Wahlrechtsreform, Neuordnung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern, Einschaltung eines Oberhauses, also ein Zwei-Kammersystem im Reich u. a. Diese Aufgaben können sicher nicht mit den Mitteln des so unheilbar verfahrenen Parteistreits gelöst werden.

Kampf dem Terror

Genügen die Maßnahmen der Reichsregierung?

Die schweren Terrorakte, die im Anschluß an die Reichstagswahlen im ganzen Land verübt worden sind, haben den größten Abscheu bei der gesamten Bevölkerung ausgelöst. Dem Treiben radikaler Elemente, die sich mit den durch die Wahl gefällten Entscheidungen nicht begnügen wollten, konnte die Reichsregierung nicht mehr länger tatenlos gegenüberstehen, wenn nicht die Staatsautorität aufs schwerste gefährdet werden sollte. Man war schon in ernsthafte Erwägungen darüber eingetreten, ob über das Reich oder besonders gefährdete Gebiete der zivile oder vielleicht sogar der militärische Ausnahmezustand verhängt werden solle. Man hat davon Abstand genommen, weil man hofft, daß die Urteile, die durch die neueingesetzten Sondergerichte gefällt werden dürften, dafür genügen werden, auch die jugendlichen Heißsporne etwas abzukühlen.

Ob man allerdings mit den bisher getroffenen Maßnahmen auskommen wird, kann erst die Zukunft lehren. Nachdem der Wahlkampf vier Wochen lang in größter Erbitterung ausgetragen wurde und es in seinem Verlauf zu den schwersten blutigen Auseinandersetzungen gekommen ist, mußte man damit rechnen, daß die in der Bevölkerung aufgespeicherte Erregung in der Wahl selbst abflauen werde. Aus diesen Gründen ist der Burgfrieden notverordnet worden, aber damit sind nicht die schweren Attentate unterbunden worden, die sich Tag für Tag im ganzen Reich zugetragen haben.

Besondere Besorgnis muß es erregen, daß offenbar bedeutende Mittel an Waffen in unlautere Hände geraten sind. Hierin liegt eine ungeheure Gefahr für die Oeffentlichkeit, die am rascheste beseitigt werden muß. Voraussichtlich wird der Regierung kein anderes Mittel übrig bleiben, als den Versuch zu machen, durch eine neue Verschärfung der Strafbestimmungen wegen unerlaubten Waffenbesitzes, die auf unrechtmäßigem Wege in die Bevölkerung gelangten Waffen wieder zurückzubekommen. In dieser Frage darf es keinerlei parteipolitische Rücksichtnahmen geben.

Am 11. August läuft der Burgfrieden ab. Durch ihre amtlichen Presseorganisationen bemüht sich die Regierung, auf den Ton der Presse aller Richtungen Einfluß zu nehmen, um auf diese Weise der allgemeinen Verhetzung zu steuern. Diese Bemühungen wird sie auch nicht aufgeben, wenn der Burgfrieden beendet ist, allerdings wird man starke Zweifel hegen müssen, ob durch diesen moralischen Druck etwas gebessert wird. Wer noch nicht durch das Kampfgeschrei der radikalen Elemente verblendet ist, muß mit Bedauern und mit Entsetzen feststellen, welche Wandlung die Tonart im politischen Kampf in Deutschland in der letzten Zeit durchgemacht hat, und wie selbst ruhige Elemente gegen agitatorische Auswüchse abgestumpft sind. Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie in anderen Ländern der politische Kampf geführt wird, ergab eine internationale Ausstellung von Wahlplakaten, in der Deutschland eine nicht gerade rühmliche Stellung einnimmt. Der Franzose versucht noch immer durch Witz und Ironie den politischen Gegner lächerlich zu machen. Der Oesterreicher macht im allgemeinen in Gemütlichkeit. Der Amerikaner stellt seine Wahlpropaganda auf das Versprechen paradiesischer Zustände ab. Wir dagegen fanden täglich an Litfaßsäulen in Riesenbuchstaben Worte wie „Lügengesindel, Mörderbande" u. ä. Aus solcher Saat erwächst der Terror. Er muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

Letzte Mahnung

Berlin, 5. Aug. Das Inkrafttreten der neuen Notverordnung gegen den Terror soll von der Entwicklung der nächsten Tage abhängig gemacht werden. Ueber den in Arbeit befindlichen Entwurf wird das Kabinett Beschluß fassen, wenn es wieder zusammentritt. Eine neue Kabinettssitzung ist aber bis zur Stunde noch nicht anberaumt worden. Die Regierung will offenbar den radikalen Elementen noch eine Art Bewährungsfrist zubilligen.

*

Vor der Terror-Notverordnung

Berlin, 5. Aug. Eine große Anzahl Berliner Blätter beschäftigt sich mit den geplanten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des politischen Terrors.

Die „DAZ." weist auf die Tragweite der von der Regierung zu treffenden Entscheidungen hin. Sollte binnen der von der Regierung eingesetzten letzten Frist keine Besserung eintreten, müsse die Todesstrafe für Waffentragen, d. h. für unrechtmäßige Anwendung und Handhabung tödlich wirkender Waffen verhängt werden.

„Germania" und „Tageblatt" drücken ihre Verwunderung über die zögernde Haltung des Reichskabinetts aus. Die große Oeffentlichkeit, so meint das letztgenannte Blatt, sei der Meinung, daß die Geschehnisse dieser Woche der Regierung sofortiges Handeln zur Pflicht mache.

Die „Vossische Zeitung" bekennt, kein Freund von Sondergerichten und Ausnahmeregeln zu sein, glaubt aber die Feststellung nicht unterdrücken zu können, daß die Reichsregierung sich selbst gegenüber erheblich geduldiger sei als gegenüber der früheren preußischen Regierung.

Der „Vorwärts" warnt davor, Bestimmungen zu schaffen, die sich lediglich gegen links auswirkten und betont, daß es sich nicht um ein kriminalistisches, sondern um ein politisches Problem handle.

Der „Börsenkurier" weist auf die Notwendigkeit hin, daß das geplante „äußerste Mittel" nur dann gerechtfertigt sei, wenn es von einer Macht angewendet werde, die versichert, daß sie keine Parteien kenne.

Traurige Statistik

Berlin, 5. Aug. Dr. Bracht hat auf Grund der Berichte der einzelnen Regierungspräsidenten eine Statistik der politischen Ueberfälle und Ausschreitungen aufgestellt, die die Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli und sämtliche preußischen Gebietsteile außer Berlin umfassen.

Nach dieser Aufstellung sind in der angegebenen Zeit insgesamt **321 politische Ueberfälle** erfolgt, **die 72 Todesopfer gefordert** haben. **497 Personen wurden dabei schwer verletzt.** Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen waren in 203 Fällen davon die Angreifer Kommunisten, in 75 Fällen Nationalsozialisten, in 21 Fällen Reichsbannerleute. In 23 Fällen konnte die Schuldfrage durch die polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden.

Königsberger Vorfälle aufgeklärt

Königsberg, 5. Aug. Der Königsberger Polizeipräsident hat nachstehende Mitteilung an den Spezialberichterstatter des „Matin“ übersandt:

Auf Ihr Schreiben vom 4. August 1932 erlaube ich mir, folgende Beantwortung Ihrer Fragen ergebenst zu übersenden:

„Die Inbrandsetzung der Tankstellen und die übrigen Brandstiftungsversuche sind aufgeklärt worden. Die Akten sind heute der Staatsanwaltschaft übersandt. Die Täter, soweit sie gestanden haben, erklärten, Mitglieder der SA. zu sein. Diese Taten scheinen einheitlich nach einem bestimmten Plan durchgeführt worden zu sein.“

*

Polizeibeamter überfallen

Beuthen, 5. Aug. Am Freitag früh wurde ein Polizeioberwachtmeister im Stadtteil Roßberg von sechs lärmenden Burschen, die er zur Ruhe mahnte, überfallen und zu Boden geschlagen. Die Angreifer entrissen ihm das Seitengewehr und die Pistole, brachten ihm mehrere Stichverletzungen bei und schlugen ihm über den Kopf, dann flüchteten sie. Der schwerverletzte Beamte richtete sich auf, lief hinter ihnen her und gab mit seiner Polizeipfeife Signale ab. Einer der Verfolgten wandte sich nochmals um und versetzte dem Beamten einen weiteren Schlag auf den Kopf. Hilflos wurde der Ueberfallene aufgefunden. Während der Flucht fielen mehrere Schüsse, durch die zwei der Täter Verletzungen an der Hand, am Oberschenkel und am Unterleib erhielten. Der Beamte und die verletzten Täter wurden ins Krankenhaus gebracht.

*

Verstärkter Polizeidienst in München

München, 5. Aug. Wegen der Ereignisse in der vorletzten Nacht sind in zwei Stadtvierteln starke Polizeistreifen eingesetzt worden. Im Westen wurden acht verdächtige Kommunisten, die beim Erscheinen der Polizei geflohen waren, in einem Hause versteckt aufgefunden und festgenommen. Im Stadtteil Giesing wurden zehn Kommunisten verhaftet, die im Besitz von Waffen waren.

*

Gefängnisstrafen für politische Ausschreitungen

Memmingen, 5. Aug. Vom Schnellrichter wurde der Kommunist Beil wegen Beamtennötigung und gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu sieben Monaten Gefängnis bei sofortigem Haftantritt verurteilt. Der Kommunist Lais erhielt wegen Beihilfe zur Beamtennötigung zwei Monate Gefängnis.

*

Schüsse in der Hauptstraße Darmstadts.

T.U. **Darmstadt,** 5. Aug. In der letzten Nacht fielen in der Rheinstraße, der Hauptstraße von Darmstadt, etwa 15—17 Schüsse aus einem die Straße entlang fahrenden Kraftwagen. Das Ueberfallkommando wurde sofort verständigt und suchte die ganze Gegend ab, jedoch ohne Erfolg. Es wurde ein grauer Personenwagen festgestellt, der wieder dieselbe Straße zurückfuhr. Darauf wurden auf einen vor seinem Hause stehenden Passanten nochmals zwei scharfe Schüsse abgegeben.

*

Vorläufig keine Hilfspolizei.

T.U. **Berlin,** 5. Aug. Zu der Besprechung einzelner Länderminister beim Reichsinnenminister verlautet ergänzend, daß der Reichsinnenminister in der Konferenz die Pläne der Reichsregierung zur Bekämpfung des Terrors dargelegt hat. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß nach Ansicht der Reichsregierung die bisher beschlossenen bezw. in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen ausreichen werden. Grundsätzlich sind Ueberlegungen der Länder, wie die Ruhe und Sicherheit im Bedarfsfalle aufrecht erhalten werden kann, selbstverständlich berechtigt. Gleichwohl dürften die Länderministerien in Mecklenburg-Schwerin und in Braunschweig in ihren Ueberlegungen die bisher getroffenen und die neuen für den Notfall geplanten Maßnahmen der Reichsregierung berücksichtigen, so daß die Aufstellung von Hilfspolizei in diesen Ländern zunächst wenigstens unterbleiben dürfte. Die Verstärkung der Polizei in Oldenburg wird, wie aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, in Kürze wieder aufgehoben werden.

Schurhammers Weine sind die Retter,
Wenn schlecht die Stimmung und das Wetter!

Die Trauerfeier für Dr. Seipel

Wien, 5. Aug. Mit der ersten Einsegnung der sterblichen Hülle Dr. Seipels im Aufbewahrungsraum des Militärkasinos begannen vormittags die offiziellen Trauerfeierlichkeiten für Oesterreichs großen Staatsmann. Die zweite Einsegnung erfolgt im Anschluß daran im Stefansdom, worauf eine Gedenkfeier an der Bahre Seipels vor dem Parlament stattfindet.

Am Donnerstag zogen gegen 100 000 Personen, darunter zahlreiche Abordnungen aus den Nachfolgestaaten, sowie viele Ausländer, an dem offenen Sarge des toten Bundeskanzlers vorbei.

Nach der Einsegnung im Stephansdom bewegte sich ein langer Trauerzug durch ein Spalier von Hunderttausenden von Menschen zum Parlament, wo Bundespräsident Miklas in bewegten Worten Abschied von dem „großen Oesterreicher und großen Europäer“ nahm. Nach ihm sprachen Bundeskanzler Dr. Dollfuß im Namen der österreichischen Regierung, Präsident Dr. Ramek namens des Nationalrates und der frühere Bundeskanzler Dr. Buresch für die christlich-sozialen National- und Bundesräte.

Der freiwillige Arbeitsdienst

Berlin, 5. Aug. Der Reichsanzeiger veröffentlicht die in ihrem Hauptinhalt bereits durch WTB. verbreiteten Ausführungsvorschriften zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst. Von Interesse sind noch folgende allgemeine Bestimmungen:

§ 2. Ueber die allgemeinen Voraussetzungen, unter denen Arbeitsdienstwillige zum freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden können, trifft der Reichskommissar nähere Anordnungen.

§ 3. Der Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst verpflichtet die Arbeitswilligen, echten Gemeinschaftsgeist zu pflegen und die gemeinsamen Zwecke nach Kräften zu fördern.

§ 4. Der Reichskommissar sorgt dafür, daß die Arbeitsdienstwilligen ernste Arbeit leisten: der Arbeitserfolg soll in angemessenem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen. Der Reichskommissar sorgt auch dafür, daß den Arbeitsdienstwilligen Gelegenheit geboten wird, sich geistig zu bilden und sportlich zu betätigen.

§ 5. Lehnt ein Arbeitsloser es ab, sich an einer Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen, oder gibt er eine solche Arbeit auf, so ist dies nicht als Tatsache anzusehen, aus der sich ergibt, daß der Arbeitslose die Erlangung einer neuen Arbeitsstelle vereitelt oder durch sein Verhalten absichtlich den Verlust seiner Stellung herbeigeführt hat.

Verlängerung des Rüstungsstillstandes

Genf, 5. Aug. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat an alle auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen ein Schreiben gerichtet, in dem er die Regierungen ersucht, sobald wie möglich, auf jeden Fall aber vor dem 1. November, mitzuteilen, ob sie bereit seien gemäß der am 23. Juli von der Abrüstungskonferenz gefaßten Entschließung einer **Verlängerung des Rüstungsstillstandes vom 1. November an um vier Monate** zuzustimmen. Das Schreiben Hendersons ist eine ebenso **leere Formalität**, wie der „Rüstungsstillstand selbst, der bekanntlich im September 1931 von der italienischen Delegation als wirksame Einleitung der Abrüstungskonferenz vorgeschlagen wurde, durch den Einfluß der abrüstungsfeindlichen Mächte aber in der endgültigen Fassung jeden praktischen Wert verlor.

„Graf Zeppelins“ Südamerikafahrten

Friedrichshafen, 5. Aug. Zu der bereits gemeldeten Verzögerung des Beginns der Herbstfahrten des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Südamerika bis Ende August wird von maßgebender Seite des Luftschiffbaues Zeppelin mitgeteilt: Der Luftschiffbau Zeppelin hat von seinen Verbindungsleuten in Pernambuco und Rio de Janeiro gleichlautende Telegramme erhalten, in denen diese davon abraten, das Programm der Herbstfahrten des Luftschiffes nach Südamerika zu dem Termin zu beginnen, wie er bisher feststand, also Mitte August. Irgendwelche Einzelheiten sind nicht mitgeteilt worden, doch nimmt man an, daß bei den Vertretern des Luftschiffbaues Befürchtungen vorhanden sind etwa der Art, daß der Aufstand in Südbrasilien etwa nach Norden übergreifen könnte. Auf Grund dieser telegraphischen Mitteilungen hat sich der Luftschiffbau Zeppelin natürlich entschlossen, die erste für den 15. August geplante Fahrt nach Pernambuco nicht zu diesem Zeitpunkt auszuführen. Die nächste Südamerikafahrt wird infolgedessen erst am 29. August angetreten werden. Dieser Termin bleibt bestehen. Die Zwischenzeit wird voraussichtlich mit Fahrten in die Schweiz ausgefüllt werden.

Veränderung im Vorstand des Norddeutschen Lloyd

Bremen, 5. Aug. Direktor Ernst Cläßel ist auf seinen Wunsch von seinem Amt als Vorstandsmitglied des Norddeutschen Lloyd entbunden worden. Der bisherige stellvertretende Direktor Brötje ist zum Leiter der Frachtabteilung ernannt worden.

Direktor Brötje ist 1871 in Brake a. W. geboren. Er trat, nachdem er seine Lehrzeit in einem Braker Speditionsgeschäft beendet hatte, 1890 beim Norddeutschen Lloyd ein. 1906 wurde ihm die Leitung des Frachtgeschäfts nach Ostasien übertragen. 1926 wurde er zum stellvertretenden Direktor ernannt.

Glanzleistung eines Flugzeugführers

Mit einem Rad glatt gelandet.

T.U. **Berlin,** 5. Aug. Auf dem Zentralflughafen Tempelhof landete am Freitag nachmittag das Flugzeug „C. H. 166“ einer schweizerischen Firma, das kurz nach dem Start in Leipzig das rechte Rad verloren hatte. Der Vorfall war vom Flugplatz Halle-Leipzig aus bemerkt und nach Berlin berichtet worden. Durch Funkspruch wurde dem Flugzeugführer, dem schweizerischen Flugkapitän Ackermann, Mitteilung von dem Verlust des Rades gemacht. Mit großer Besorgnis beobachtete man in Tempelhof das Landungsmanöver. Mit seiner glatten Landung vollbrachte der Pilot eine fliegerische Glanzleistung. Er setzte die Maschine, leicht nach links geneigt, so glücklich auf, daß sie völlig unversehrt blieb. An Bord befanden sich insgesamt neun Personen.

Piccard wird in Dübendorf aufsteigen

T.U. **Zürich,** 5. Aug. Der Start Professor Piccards zum Stratosphärenflug ist nunmehr frühestens in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu erwarten. Vorher müssen noch alle Instrumente einer genauen Prüfung unterzogen werden, da damit gerechnet werden muß, daß das eine oder andere der überaus feinen Instrumente trotz der größten Vorsicht beim Transport etwas gelitten hat. Als Startplatz ist endgültig der neue Zivilflugplatz in Dübendorf bestimmt worden.

Beginn der italienischen Flottenmanöver

T.U. **Rom,** 5. Aug. Am Freitag haben die großen italienischen Flottenmanöver begonnen, an denen rund 100 Schiffe und Fahrzeuge der Kriegsmarine und 23 Staffeln von Marineflugzeugen teilnehmen. Die Uebungen verfolgen den Zweck, die besten Möglichkeiten für das Geleit von Truppen- und Lebensmitteltransporten zu erproben. Ferner sollen das Zusammenwirken zwischen der Flotte und den Marinefliegern, der Nachrichtendienst und die Küstenverteidigung geübt werden. Bei den Hauptmanövern stützt sich die Partei A, die zur Hauptsache aus dem ersten Geschwader besteht, auf die italienische Küste vom Sporn bis zum Absatz des Stiefels und auf die westliche Hälfte von Sizilien. Partei B, zu der das zweite Geschwader gehört, operiert von den Küsten Tripolitaniens und der Cyrenaika, sowie vom Golf von Taranto aus. B hat die Aufgabe, Transporte von der afrikanischen Küste nach dem Golf von Taranto zu geleiten, A soll diese Transporte abfangen. Der strategische Grundgedanke hierbei ist, in einem Kriege die Verbindung zwischen dem Mutterland und der afrikanischen Kolonie sicherzustellen und ferner die Verpflegung Italiens auf dem Seewege zu ermöglichen. — Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diesem Gedanken ein anderer sehr ähnlich ist: die Vernichtungen feindlicher Truppentransporte aus Afrika, die z. B. bei einem Kriege Frankreichs mit einer anderen Macht von allergrößter Bedeutung sind.

Der Berliner Schulbrandstifter gefaßt

T.U. **Berlin,** 5. Aug. Der geheimnisvolle Schulbrandstifter, der in der zweiten Hälfte des Monats Juni in der Reichshauptstadt sein Unwesen trieb, ist nunmehr gefaßt worden. Es handelt sich um einen 21 Jahre alten erwerbslosen Chauffeur Alfred N. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er infolge zerrütteter Familienverhältnisse nervenleidend geworden sei und in diesem Zustand Entspannung gesucht habe. Seine Absicht sei nicht gewesen, große Baulichkeiten in Brand zu setzen; es habe ihn schon befriedigt, wenn er kleinere Brände entfacht habe. In seinem Besitz fand man zahlreiche Schlüssel, die aus verschiedenen Schulen stammen. Die Zahl der von ihm angelegten Brände beträgt 26. In allen Fällen wurde nur wenig Sachschaden angerichtet.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„So ganz schlau bin ich nicht daraus geworden, es schien mir aber so, als ob sie zusammen telephonieren wollten.“

„Sie wollten zusammen Wemblin anrufen? Kann das stimmen?“

Es war ein Jammer mit der Frau, sie hatte gelauscht, hatte möglicherweise die ganze Unterredung mit angehört, aber sie stellte sich, als ob sie von nichts wisse.

Fränkel wurde energisch, er sagte ihr auf den Kopf zu, daß sie sehr wohl unterrichtet sei, und verlangte kategorisch Auskunft. Er erreichte das Gegenteil, sie verstummte vollständig.

Schließlich gab er das Verhör auf. Etwas und noch dazu höchst wichtiges hatte er festgestellt: Volger und Mia Brennert hatten am Mittwoch, dem Todestage Wemblins, eine Zusammenkunft gehabt, bei der ein gemeinsames Telephongespräch besprochen worden war.

Das war der Angriffspunkt. Die beiden mußten gehörig ins Gebet genommen werden und dann würde wohl der Schleier fallen.

Um keine Zeit zu verlieren, eilte er nun zu Mia Brennert, die er in der Wohnung der Mutter anzutreffen hoffte, die Wohnung war jedoch verschlossen und wie ihm die Nachbarin sagte, das Fräulein vor einer halben Stunde ausgegangen.

Fränkel beorderte zwei Posten, die Mia Brennert und Volger beim Betreten ihrer Wohnung sofort zum Verhör nach dem Präsidium bringen sollten. Er selbst machte sich auf die Suche, vermutend, sie in einem der Lokale in der Friedrichsstadt zu finden, wo sich Filmangehörige oft aufzuhalten pflegen.

Sechstes Kapitel.

Wolters ganzes Interesse konzentrierte sich darauf, so lückenlos als dies nur möglich war, Einblick in Wemblins Leben zu tun, mit wem er Umgang gehabt, was er in Berlin getrieben und ob vor allem jemand die Verliererin der Busennadel kenne.

Es stellte sich zunächst heraus, daß Wemblins Bekanntenkreis außerordentlich groß war. Doch wie so oft in solchen Fällen, wo jemand mit aller Welt bekannt ist, zeigte es sich, daß niemand wirklich über Wemblin unterrichtet und infolgedessen auch nicht in der Lage war, Wolter die Kenntnisse zu vermitteln, deren er bedurfte.

Die Auffindung des Filmmanuskriptes, ein Glücksumstand, brachte nicht einen Schritt weiter. Der Verfasser wurde zwar ausfindig gemacht, aber er wußte nur anzugeben, daß Wemblin bei ihm das Manuskript bestellt habe, nachdem sie eingehend darüber gesprochen. Die junge Dame, für die die Hauptrolle darin gedacht war, habe er niemals zu Gesicht bekommen. Eine Umfrage bei sämtlichen Produktionsfirmen, die in der Hoffnung geschah, daß Wemblin für seinen Schützling ein Engagement gesucht, war ganz umsonst.

Wolter kehrte wieder zu dem System zurück, alle auszufragen, die jemals mit Wemblin in Beziehung gestanden hatten.

Auf seiner Liste war der Name des Oberleutnants von Reischach im Reichswehrministerium verzeichnet. Diesen suchte er jetzt auf.

Im Dienstzimmer des Herrn Oberleutnants saßen sie sich beide gegenüber.

„Meine Beziehungen zu Herrn von Wemblin sind niemals sehr eng gewesen, ich glaube, Herr Kommissar, ich werde Sie bitter enttäuschen müssen.“

„Es ist für mich schon von Wert, Herr Oberleutnant, daß ich weiß, Sie haben Beziehungen zu ihm gehabt. Mithin werden Sie auch in der Lage sein, mir wenigstens etwas über ihn zu sagen.“

„Verehrter Herr Kommissar, diese Verbindung bestand nur kurze Zeit und war oberflächlich, sehr oberflächlich. Wir sind zusammen ein paar Mal ausgegangen, er hat mich in meiner Wohnung besucht, ich bin wohl auch einmal bei ihm gewesen, aber das ist auch alles. Kennen gelernt habe ich ihn in einer Weinstube, wir gerieten an denselben Tisch. Sein Name war mir jedoch nicht unbekannt. Es gab einmal einen Reichsbankdirektor von Wemblin, einen hochgeachteten Mann, das war sein Vater. — Ich vermute, daß Sie bestimmte Fragen haben, vielleicht ist es besser, Sie kommen damit heraus, das wird die Unterredung vereinfachen.“

„Gern, Herr Oberleutnant. Um es frei herauszusagen, ich suche eine Dame seiner Bekanntschaft, sehr schön, offenbar slawischer Typ, vornehme, aristokratische Erscheinung, schwarzes Haar . . .“

„Den Namen wissen Sie nicht?“

„Wenn ich den wüßte . . .“

„Ja, dann sehe ich keine Möglichkeit, denn ich kenne eine solche Frau nicht. Das heißt, ich will nicht bestreiten, ihr begegnet zu sein, aber jedenfalls kann ich mich im Augenblick nicht an sie erinnern.“

„Vielleicht vermag ich Ihrer Erinnerung zu Hilfe zu kommen, wenn ich Ihnen einen Schmuck zeige, den die betreffende Dame getragen hat.“

Wolter hielt dem Oberleutnant die Busennadel zur Besichtigung hin. Der nahm sie und betrachtete sie sehr interessiert.

„Ich entsinne mich nicht, jemals eine Dame gesehen und noch weniger kennen gelernt zu haben, die diese Nadel trug. Wissen Sie übrigens, daß es dieses Wappen tatsächlich gibt?“

„Nein, ich habe es für ein Phantasiegebilde gehalten.“

Der Offizier schüttelte langsam, nachdenklich den Kopf.

„Ich habe ein solches Wappen zu Gesicht bekommen . . . warten Sie mal . . . Richtig, es war in Polen während des Krieges, und zwar befand es sich über einem Schloßportal eingemeißelt. Vom Wetter schon stark mitgenommen, konnte ich nicht genau erkennen, was es eigentlich darstellte, ich habe es mir erklären lassen und mir dann eine Abbildung angesehen. Freilich, wo das gewesen ist, kann ich Ihnen so ohne weiteres nicht angeben. Wenn es Sie interessiert, will ich gern in meinen Aufzeichnungen nachschlagen.“

„Ich wäre Ihnen sehr verbunden dafür.“

„Sie sollen noch heute nachmittag telephonischen Bescheid haben.“

Wolter erhob sich.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg